

Auswahlverfahren für geologische Tiefenlager:

Zusatzdokumentation der Nagra liegt vor

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hat die vom Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) geforderte Zusatzdokumentation zur bautechnischen Machbarkeit eines Tiefenlagers vorgelegt. Das ENSI kann nun die Detailprüfung der Berichte und Analysen der Nagra voraussichtlich bis Frühling 2017 abschliessen. Auf Grundlage aller Ergebnisse wird der Bundesrat voraussichtlich bis Ende 2018 entscheiden, ob er den von der Nagra vorgeschlagenen Standortgebieten zustimmt.

Im Januar 2015 hatte die Nagra die umfangreiche technisch-wissenschaftliche Dokumentation eingereicht, mit der sie ihren Vorschlag begründet, die Standortgebiete Jura Ost und Zürich Nordost in der dritten Etappe der Standortsuche für geologische Tiefenlager zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle vertieft zu untersuchen. Mit der Zusatzdokumentation entspricht die Nagra der Forderung des ENSI vom September 2015, zusätzliche Analysen zum Indikator «Tiefenlage im Hinblick auf bautechnische Machbarkeit» (dieser definiert die maximale Tiefenlage) vorzulegen. Die Frage der maximalen Tiefenlage ist insbesondere relevant für die Beurteilung, ob das Standortgebiet Nördlich Lägern in Etappe 3 weiter untersucht werden soll.

Das ENSI wird nun die seit Januar 2015 laufende Detailprüfung der Unterlagen bis im Frühling 2017 abschliessen und sein Gutachten vorlegen. Anschliessend werden die Kommission für nukleare Sicherheit KNS sowie der Ausschuss der Kantone AdK ihre Stellungnahmen abgeben. Die – zum Teil vorläufigen – Stellungnahmen der sechs Standortregionen liegen bereits vor. Sollte sich bei der Detailprüfung durch das ENSI herausstellen, dass das Standortgebiet Nördlich Lägern in Etappe 2 nicht – wie von der Nagra vorgeschlagen – zurückgestellt werden kann, müssten auch für Nördlich Lägern weitere Voruntersuchungen durchgeführt werden. Um zeitliche Verzögerungen zu verhindern, hat die Nagra bereits mit den entsprechenden Planungsvorbereitungen für die 3D-Seismik und Sondierbohrungen begonnen. Ende 2017 werden sämtliche Berichte, Gutachten und Stellungnahmen in eine dreimonatige öffentliche Vernehmlassung geschickt. Der Bundesrat wird unter Kenntnis aller relevanten Fakten voraussichtlich bis Ende 2018 über den Abschluss von Etappe 2 der Standortsuche entscheiden und damit festlegen, welche Standortgebiete in Etappe 3 tatsächlich vertieft untersucht werden sollen. Bis zu diesem Entscheid verbleiben grundsätzlich sämtliche sechs potentiellen Standortgebiete im Auswahlverfahren.

Bfe.admin.ch

«Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft»

Am Dienstag, 6. September 2016, lädt das Aargauer Komitee zur öffentlichen Podiumsdiskussion ein. Bundesrätin Doris Leuthard referiert zum Thema der Volksabstimmung «Grüne Wirtschaft» vom 25. September 2016.

Am 25. September 2016 stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ab. Die Initiative will in der Verfassung eine grüne Kreislaufwirtschaft festschreiben. Der ökologische Fussabdruck der Schweiz – der aktuell auf die Weltbevölkerung hochgerechnet rund 2,8 Erden beträgt – soll bis ins Jahr 2050 auf maximal eine Erde reduziert werden. Das entspricht einer Senkung des Ressourcenverbrauchs um fast zwei Drittel. Um dieses radikale Ziel zu erreichen, wären Bund, Kantone und Gemeinden verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen. Das breit abgestützte Aargauer Komitee «NEIN zur Initiative 'Grüne Wirtschaft'» bekämpft die Initiative. Am 6. September 2016, 19.30 bis 21.15 Uhr, wird in der ein Podiumsveranstaltung zu diesem Thema veranstaltet. Die Franke

Group in Aarburg stellt dafür die Räumlichkeiten zur Verfügung. Ab 18 Uhr besteht die Möglichkeit zur Besichtigung der Holzschnitzelheizung der Franke Group. Hierfür ist eine Anmeldung erforderlich bis spätestens Freitag, 2. September 2016, via Anmeldeformular auf www.aargauerkomitee.ch/gruenewirtschaft-nein. 19 Uhr ist Türöffnung und um 19.30 Uhr beginnt der offizielle Anlass. Anschliessend findet ein Apéro statt. Interessierte sind herzlich eingeladen vom überparteilichen Aargauer Komitee «NEIN zur Initiative 'Grüne Wirtschaft'». Eine Anmeldung ist nicht nötig. Das Einstiegsreferat hält Bundesrätin Doris Leuthard, danach wird die Podiumsdiskussion eröffnet. An dieser nehmen die Befürworter der Initiative Max Chopard-Acklin, Grossratskandidat und Energiepolitiker SP und Jonas Fricke, Nationalrat Grüne teil. Peter Gehler, Präsident Wirtschaft Region Zofingen wrz und Ulrich Giezendanner, Nationalrat SVP stehen auf der Kontra-Seite. Mit im Gespräch ist Dr. Jürg Liechti, Physiker, CEO Neosys AG. Moderiert wird das Podium von Mathias Küng, AZ Zeitungen AG, Politikchef Aargau.

pd/tas

«AHV plus ist eine Gefahr für das Rentensystem»

Interview mit Lilian Studer, Grossrätin, Fraktionspräsidentin EVP, Mitglied im Co-Präsidium des Aargauer Komitees NEIN zu «AHV-plus».

Frau Studer, wieso ist eine Erhöhung der AHV-Renten unrealistisch?
Vorab gilt es festzuhalten, dass die AHV in den letzten zwei Jahren defizitär war. Sie richtete 2014 als auch 2015 mehr Leistungen aus, als sie Beiträge eingenommen hat. Hinzu kommt, dass wir mit einem Ja Rentnerinnen und Rentnern wesentliche Mittel zukommen lassen würden, die diese nicht benötigen. Denn auch wohlhabende Seniorinnen und Senioren würde mehr Rente erhalten, obwohl sie dies gar nicht nötig haben. Die Volksinitiative ist deshalb nicht enkeltauglich. Sie schürt den Generationenkonflikt. Die grössten Leidtragenden wären die heutigen Kinder. Ihnen würden die Babyboomer-Rentner/innen mit der steigenden Lebenserwartung noch mehr auflasten.

Ein grundsätzliches Problem ist, dass die AHV gegenwärtig mehr Ausgaben als Einnahmen hat. Wie kann gegengesteuert werden?
Die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen auf 65 Jahre ist im Sinne der Gleichberechtigung richtig. Dies gibt Mehreinnahmen und weniger Ausgaben. Ideal wäre ein flexibles Rentenalter, welches bis z.B. 68 Jahre möglich würde. Wer nach dem 65. Altersjahr den Bezug der AHV aufschiebt, sollte dann keine höhere Rente beanspruchen können. Damit würden die Ausgaben sinken. Wichtig ist nun aber, der Altersvorsorge 2020 eine Chance zu geben, wie es der Bundesrat oder Ständerat vorschlägt. Eine Annahme der «AHVplus»-Initiative würde dieses wichtige Projekt im Voraus schon torpedieren.

Wo sollte man ansetzen, damit die finanzielle Sicherheit im Alter gewährt ist?
Ohne gewisse Mehreinnahmen - gezielte Anpassung der Mehrwertsteuer und Anpassung der Abgaben auf den Lohnkosten



Bild: zVg

Lilian Studer

für Arbeitgeber und Arbeitnehmer – wird es nicht gehen. Die Witwenrente sollte auf Frauen konzentriert werden, welche Kinder aufziehen. Junge Menschen sollten sehr rasch nach Einstieg in die Erwerbsarbeit in eine Pensionskasse eintreten, um die Chance für eine gute Rente zu haben. Dies ein paar Vorschläge, die es näher zu diskutieren gilt. Die «AHVplus»-Initiative trägt jedoch nichts zu einer nachhaltigen finanziellen Sicherheit im Alter bei! Im Gegenteil würde eine Annahme dieser Initiative die finanzielle Altersvorsorge der jüngeren Generationen in verantwortungsloser Weise auf's Spiel setzen.

Was muss sich auf dem Arbeitsmarkt verändern, damit die AHV-Rente längerfristig finanzierbar bleibt?
Es ist wichtig, dass junge Menschen eine gute Ausbildungs- und Job-Chance haben. Damit tragen sie auch zu den Einnahmen bei. Gleichzeitig sollte das Potential älterer Menschen genutzt werden. Da ist der Arbeitsmarkt gefragt. Vorerst gilt es jedoch am 25. September 2016 die gefährliche «AHVplus»-Initiative mit einem wuchtigen NEIN abzulehnen. Damit wäre immerhin schon eine erste Gefahr für unser Rentensystem gebannt.
Interview: tas



Besuchstag Felslabor Mont Terri Samstag 24. September 2016

Gerne geben wir Ihnen Einblick in unsere Forschungsarbeiten zur sicheren Entsorgung radioaktiver Abfälle.

Melden Sie sich an. Sie erhalten dann rechtzeitig eine Bestätigung mit detaillierten Unterlagen und für die individuelle Anfahrt einen ausführlichen Plan. Die Anzahl Plätze ist beschränkt.

Kinder ab 10 Jahren sind willkommen. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung bis **13. September 2016** an:
Franziska Stalder
franziska.stalder@nagra.ch
Telefon 056 437 12 53 oder Fax 056 437 12 96

Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle

Hardstrasse 73
Postfach 280
5430 Wettingen
Schweiz

Tel +41 56 437 11 11
Fax +41 56 437 12 07
www.nagra.ch

nagra.

Anmeldung Besuch Felslabor 24. September 2016

Anmeldeschluss 13. September 2016

Wir möchten wie folgt anreisen:

- ☐ Mit Gratisbus, Abfahrt 6:40 Uhr in Schaffhausen (Parkplatz Spitalstrasse) – Rückkehr ca. 17:20 Uhr.
- ☐ Mit Gratisbus, Abfahrt 7:00 Uhr in Andelfingen (Bahnhof) – Rückkehr ca. 17:00 Uhr.
- ☐ Mit Gratisbus, Abfahrt 7:00 Uhr in Bülach, Alterszentrum «im Grampen» (Allmendstrasse 1) – Rückkehr ca. 17:10 Uhr.
- ☐ Mit Gratisbus, Abfahrt 7:30 Uhr in Schneisingen, beim Schulhaus Aemmert – Rückkehr ca. 16:30 Uhr.
- ☐ Individuelles Eintreffen um 9:45 Uhr beim Besucherzentrum Mont Terri, Bahnhof St-Ursanne. Parkplätze sind vorhanden. Rückfahrt ab 14:30 Uhr.

Korrespondenzperson Tel. _____ E-Mail _____

Vorname _____ Name _____ Strasse, PLZ/Ort _____

Begleitpersonen

Vorname _____ Name _____ Strasse, PLZ/Ort _____
